

# GESETZBLATT 273

## der Deutschen Demokratischen Republik

Teil I Nr. 28 1987 Berlin, den 16. November 1987 Tag Seite Anordnung zur Durchsetzung von Ordnung und Sicherheit bei der Durchführung von 27.10.87 Softwareleistungen in nebenberuflicher Honorartätigkeit – Honoraranordnung Softwareleistungen - ..... 273 29. 9.87 Anordnung Nr. 3 über die Ausbildung der Meister des Handwerks ...... 275

#### Anordnung

zur Durchsetzung von Ordnung und Sicherheit bei der Durchführung von Softwareleistungen in nebenberuflicher Honorartätigkeit

- Honoraranordnung Softwareleistungen -

#### vom 27. Oktober 1987

Auf der Grundlage des Beschlusses vom 4. November 1970 zur Durchsetzung von Ordnung und Disziplin bei Leistungen, für die Honorare und Gebühren gezahlt werden - Auszug -(GBl. II Nr. 90 S. 631) wird im Einvernehmen mit den Leitern der zuständigen zentralen Staatsorgane folgendes angeordnet:

#### 8 1

#### Geltungsbereich

- (1) Diese Anordnung regelt die Durchsetzung von Ordnung und Sicherheit sowie die Honorierung von Softwareleistungen<sup>1</sup>, die von vollbeschäftigten Werktätigen über ihre Arbeitsaufgaben und -pflichten hinaus nebenberuflich in der Freizeit oder von Rentnern (nachstehend Auftragnehmer genannt) für die im Abs. 2 genannten Auftraggeber erbracht werden.
  - (2) Die Bestimmungen dieser Anordnung gelten für
- Staatsorgane und staatliche Einrichtungen, Kombinate und wirtschaftsleitende Organe,
- volkseigene und ihnen gleichgestellte Betriebe und Einrichtungen,
- gesellschaftliche Organisationen und
- sozialistische Genossenschaften

(nachstehend Betrieb oder, wenn sie als Auftraggeber tätig werden, Auftraggeber genannt).

<sup>1</sup> Vgl. Ziff. 1 Abs. 5 der Richtlinie für die Planung, Bilanzierung und Abrechnung von Software, Anlage zur Anordnung vom 13. Januar 1986 (GBl. I Nr. 4 S. 33).

(3) Für die Durchführung von Softwareleistungen in Honorartätigkeit durch Studenten des Direktstudiums, Forschungsstudenten und planmäßige Aspiranten findet die Regelung des Ministers für Hoch- und Fachschulwesen Anwendung.

#### Allgemeine Bestimmungen

- (1) Nebenberufliche Honorartätigkeit für Softwareleistungen ist zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer zu vereinbaren.
- (2) Über Aufgaben zur Entwicklung und Einführung neuartiger Software, die im Rahmen der Pläne Wissenschaft und Technik bearbeitet werden, sowie für Softwareleistungen zur Erfüllung bestätigter Einsatzkonzeptionen für CAD/CAM und moderne Rechentechnik kann ein Honorarvertrag abgeschlossen werden, wenn der Auftraggeber
  - a) die Erfüllung der Aufgaben nicht mit dem verfügbaren Arbeitsvermögen im Rahmen des planmäßigen Arbeitszeitfonds oder in Kooperation mit anderen Betrieben gewährleisten kann und mit der Softwareleistung ein ökonomischer Nutzen erreicht wird,
  - b) entsprechend den Rechtsvorschriften? geprüft hat, daß keine anwendungs- bzw. nachnutzungsfähigen Programme oder Projekte vorhanden sind,
  - die Einhaltung der Bestimmungen über die Gewährleistung von Ordnung, Sicherheit und Geheimnisschutz sichert.
  - d) die notwendigen materiellen Bedingungen zur Erfüllung der Aufgabe, wie Testzeiten an der Rechentechnik u.a., gewährleistet.
  - (3) Der Abschluß von Honorarverträgen ist nicht gestattet
  - a) für Aufgaben des Staatsplanes Wissenschaft und Technik.

Diese Ausgabe enthält als Beilage für die Postabonnenten:

Zeitliche Inhaltsübersicht des Gesetzblattes Teil I für die Monate Juli - August - September 1987

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Z. Z. gelten die Anordnung vom 13. Januar 1986 über die Planung, Bilanzierung und Abrechnung von Software (GBl. I Nr. 4 S. 33) sowie die Anordnung vom 28. Februar 1986 über Informations- und Beratungsleistungen zur Entwicklung, Produktion und Mehrfachnutzung von Software in der DDR (GBl. I Nr. 9 S. 94).

- b) für Softwareleistungen, die im Rahmen
  - der Forschungskooperation<sup>3</sup> zwischen Hoch- und Fachschulen, anderen wissenschaftlichen Einrichtungen und Betrieben,
  - der Lehrtätigkeit und Tätigkeit in Arbeitsgemeinschaften an Einrichtungen der Volks- und Berufsbildung

erbracht werden.

#### § 3

- (1) Die Leiter der Betriebe haben schriftlich die erforderlichen Maßnahmen festzulegen, die die Einhaltung der in dieser Anordnung getroffenen Regelungen gewährleisten. Dazu ist insbesondere festzulegen,
- welche leitenden Mitarbeiter zum Abschluß von Honorarverträgen mit einem Honorar bis 1500 M berechtigt sind,
- welche leitenden Mitarbeiter die Zustimmung zu Honorarverträgen erteilen dürfen, die zwischen den Werktätigen des Betriebes und anderen Betrieben abgeschlossen werden.
- wie die exakte Erfassung und Abrechnung sowie die regelmäßige Kontrolle aller Honorarleistungen und ihrer ordnungsgemäßen Vergütung erfolgen.
- (2) Verfügt der Auftraggeber nicht über Fachkader, die ihn die Lage versetzen, die wissenschaftlich-technischen und okonomischen Zielstellungen der Aufgabe sowie den Aufwand für die in nebenberuflicher Tätigkeit durchzuführenden Softwareleistungen zu bestimmen und die vertragsgerechte Erfüllung des Auftrages zu kontrollieren, sind mit Unterstützung des übergeordneten Organs Vereinbarungen mit sachkundigen Kooperationspartnern zu treffen.

#### Abschluß von Honorarverträgen

- (1) Honorarverträge sind schriftlich abzuschließen. In Honorarverträgen über Softwareleistungen, die nur durch die gemeinsame Tätigkeit mehrerer Auftragnehmer zu erbringen sind, sind die Verantwortung und die Höhe des Honorars für jeden Auftragnehmer gesondert festzulegen. Jeder Auftragnehmer hat den Vertrag persönlich zu unterzeichnen.
- (2) Honorarverträge mit Werktätigen anderer Betriebe bedürfen der Zustimmung des Betriebes, zu dem der Werktätige im Arbeitsrechtsverhältnis bzw. Mitgliedschaftsverhältnis steht. Die Zustimmung setzt voraus, daß
- durch die Honorartätigkeit die Erfüllung der durch das Arbeitsrechtsverhältnis begründeten Pflichten nicht beinträchtigt wird:
- der Werktätige die gleiche Softwareleistung nicht bereits für einen anderen Auftraggeber erbracht hat. In solchen Fällen ist der interessierte Auftraggeber an den anderen Auftraggeber zu verweisen;
- die im Abs. 3 festgelegte Stundenzahl nicht überschritten wird.
- (3) Honorartätigkeit für Softwareleistungen darf bis zu einer Gesamtleistung von jährlich 600 Stunden vereinbart werden.

### Inhalt der Honorarverträge

#### § 5

(1) Der Inhalt der Honorarverträge ist entsprechend den spezifischen Anforderungen der Softwareleistungen zu gestalten. Die Vertragspartner haben die Softwareleistung in Anlehnung an die "Nomenklatur der Arbeitsstufen und Leistungen von Aufgaben des Planes Wissenschaft und Technik"4 zu bestimmen.

- (2) Im Honorarvertrag sind insbesondere zu vereinbaren:
- die Ziel- und Aufgabenstellung für die zu erbringende Softwareleistung einschließlich der Nutzenskennziffern,
- das wissenschaftlich-technische und ökonomische Niveau der Softwareleistung einschließlich des zu erbringenden Leistungs- und Effektivitätsniveaus,
- die Qualität der Softwareleistung,
- die Form, in der die Softwareleistung zu übergeben ist, und die konkreten Abnahmebedingungen einschließlich Inhalt und Umfang der Dokumentation,
- die Garantiezeit, soweit sie kürzer als 1 Jahr sein soll,
- die Verpflichtung des Auftragnehmers, die Software nicht ohne die erforderliche Zustimmung aus anderen Softwareunterlagen zu entnehmen und die erarbeitete Software nicht an Dritte weiterzugeben,
- die Einhaltung der Rechtsvorschriften über Ordnung, Sicherheit und Geheimnisschutz,
- das Honorar und die Zahlungsbedingungen,
- die erforderlichen Mitwirkungshandlungen des Auftraggebers (z. B. die Nutzung der Rechentechnik, Übergabe von
- (3) Die Qualität der Softwareleistung ist insbesondere durch die zu erreichenden technischen, technologischen und ökonomischen Kennziffern des Ergebnisses, die Betriebszuverlässigkeit und andere Gebrauchseigenschaften zu bestimmen.

#### \$ 6

Soweit im Honorarvertrag nichts anderes vereinbart ist, finden die Bestimmungen des Zivilgesetzbuches entsprechende Anwendung. Bei fahrlässig verursachten Schäden beschränkt sich die Verpflichtung des Auftragnehmers zum Schadenersatz auf den Betrag des für den Auftrag vereinbarten Gesamthonorars.

### § 7 Garantie

- (1) Die Garantie umfaßt insbesondere die vertragsgemäße Ausführung der Softwareleistung, die technische Realisierbarkeit und die wirtschaftliche Verwertbarkeit des Ergebnisses sowie die Funktionsfähigkeit entsprechend den im Vertrag festgelegten Kennziffern.
- (2) Die Garantiezeit beträgt 1 Jahr, sofern die Vertragspartner keine kürzere Zeit vereinbart haben. Die Vereinbarung einer Garantiezeit von weniger als 6 Monaten ist nicht zulässig. Die Garantiezeit beginnt mit der Abnahme durch den Auftraggeber, bei vereinbarter Funktionsprüfung nach deren Abschluß.
- (3) Treten innerhalb der Garantiezeit Mängel auf, ist der Auftraggeber berechtigt, kostenlose Nachbesserung durch den Auftragnehmer zu verlangen. Ist die Nachbesserung nicht möglich, kann der Auftraggeber, soweit das vereinbart wurde, das Honorar mindern oder vom Vertrag zurücktreten.

#### § 8

#### Honorar

- (1) Das Honorar ist auf der Grundlage der Stundensätze gemäß Abs. 2 zu kalkulieren und als pauschaler Höchstbetrag zu vereinbaren. Dabei sind Umfang und Komplexität sowie die konkreten Anforderungen an die Softwareleistungen zu berücksichtigen. Übersteigt das in einem Vertrag zu vereinbarende Honorar den Betrag von 1500 M, ist der Vertrag durch den Leiter des auftraggebenden Betriebes abzuschlie-
- (2) Für die Festlegung des Honorars sind nachstehende Stundensätze anzuwenden:
  - a) Stundensatz bis zu 15 M

Aufgabenstellungen für besonders anspruchsvolle Softwareleistungen, z. B. Erarbeitung einzelner komplexer. modular aufgebauter Lösungen, die bei der Bearbeitung eigenständig in integrierte Lösungen bzw. Programmsysteme einzubinden sird; selbständige Bestimmung der

<sup>3</sup> Z. Z. gilt die Verordnung vom 12. Dezember 1985 über die Leitung, Planung und Finanzierung der Forschung an der Akademie der Wissenschaften der DDR und an Universitäten und Hochschulen, insbesondere der Forschungskooperation mit den Kombinaten – Forschungsverordnung – (GBl. I 1986 Nr. 2 S. 12).

Z. Z. gelten die Anordnung vom 28. Mai 1975 über die Nomendur der Arbeitsstufen und Leistungen von Aufgaben des Planes Wissenschaft und Technik (GBl. I Nr. 23 S. 426) sowie die Anordnung Nr. 2 vom 18. Dezember 1986 über die Nomenklatur der Arbeitsstufen und Leistungen von Aufgaben des Planes Wissenschaft und Technik (GBl. I 1987 Nr. 1 S. 7).

Schnittstellen und Sicherung ihrer Paßfähigkeit zur Einordnung in integrierte Lösungen, insbesondere bei der Problem- und Schnittstellendefinition sowie den Problemlösungen ( $E_1$  bis  $E_3$ ),

- b) Stundensatz bis zu 10 M Aufgabenstellungen zur Lösung anderer als der unter Buchst. a genannten Softwareleistungen, z. B. Erarbeitung einzelner komplexer, modular aufgebauter Lösungen, die isoliert zu entwickeln sind bzw. für die alle erforderlichen Integrationsbedingungen vorgegeben sind; Erarbeitung einzelner Programme für relativ abgegrenzte bzw. einfache Anwenderprobleme.
- (3) Das Honorar wird nach Abnahme bzw. Funktionsprüfung der vereinbarten Leistungen gezahlt (Leistungsumfang analog der Arbeitsstufe E5). Das Ergebnis der Abnahme ist durch den Auftraggeber schriftlich zu bestätigen.
- (4) Mit der Abnahme der Leistung geht die Verfügungsbefugnis an den zu übergebenden Originalunterlagen sowie das uneingeschränkte und unbefristete Nutzungsrecht an der Softwareleistung auf den Auftraggeber über. Der Auftragnehmer ist nicht befugt, die im Rahmen des Honorarvertrages erarbeitete Softwareleistung an Dritte weiterzugeben.

#### § 9

### Finanzierung und Besteuerung der Honorare

- (1) Die Honorartätigkeit für Softwareleistungen ist aus den geplanten Mitteln für Honorarzahlungen zu finanzieren. Darüber hinaus dürfen keine anderen Mittel verwendet werden.
- (2) Einkünfte aus nebenberuflicher Honorartätigkeit für Softwareleistungen werden nach den Bestimmungen über die Besteuerung von Berufsgruppen freiberuflich Tätiger<sup>5</sup> besteuert.

#### § 10

#### Meldepflicht

- (1) Die Auftraggeber sind zur Meldung jeder nebenberuflich durchgeführten Softwareentwicklung verpflichtet. Die Meldung hat für die im Quartal abgeschlossenen Softwareleistungen zum Quartalsende in zusammengefaßter Form an die Zentrale Informationsbank Software im VEB Datenverarbeitungszentrum Dresden zu erfolgen. Dazu ist der Vordruck 15406 zu verwenden und zusätzlich der Name und die Personenkennzahl des Softwareentwicklers anzugeben.
- (2) Die wertmäßige und zeitliche Begrenzung der Meldepflicht gemäß der Anordnung vom 26. Februar 1986 über Informations- und Beratungsleistungen zur Entwicklung, Produktion und Mehrfachnutzung von Software in der DDR (GBl.I Nr.9 S.94) finden auf nebenberuflich durchgeführte Softwareleistungen keine Anwendung.

#### § 11

#### Sanktionen

(1) Auftraggeber, die entgegen den Bestimmungen dieser Anordnung Softwareleistungen durchführen lassen und honorieren, sind gemäß Abschnitt II Ziff. 5 des Beschlusses vom 4. November 1970 zur Durchsetzung von Ordnung und Disziplin bei Leistungen, für die Honorare und Gebühren gezahlt werden - Auszug - (GBl. II Nr. 90 S. 631) durch die Staatliche Finanzrevision bzw. Abteilung Finanzen der Räte der Kreise mit einer Sanktion in Höhe des 5fachen ausgezahlten Honorars zu beauflagen. Dieser Betrag ist an den Staatshaushalt abzuführen.

(2) Leiter und leitende Mitarbeiter, die gegen die Festlegungen dieser Anordnung verstoßen, sind disziplinarisch bzw. materiell zur Verantwortung zu ziehen.

#### § 12

#### Schlußbestimmungen

- (1) Diese Anordnung tritt am 1. Dezember 1987 in Kraft.
- (2) Die Bestimmungen der Anordnung vom 31. März 1971 zur Durchsetzung von Ordnung und Disziplin bei Leistungen der naturwissenschaftlich-technischen Forschung und Entwicklung sowie der gesellschaftswissenschaftlichen Forschung, für die Honorare gezahlt werden - Honorarordnung Wissenschaft und Technik - (GBl. II Nr. 45 S. 345) sind im Geltungsbereich dieser Anordnung nicht anzuwenden.

Berlin, den 27. Oktober 1987

Der Staatssekretär für Arbeit und Löhne Beyreuther

Meets puppe by Deselve Anordnung Nr. 31

über die Ausbildung der Meister des Handwerks

vom 29. September 1987

Auf der Grundlage des § 17 Abs. 2 der Verordnung vom 27. Juni 1973 über die Aus- und Weiterbildung der Meister (GBl. I Nr. 33 S. 342) wird im Einvernehmen mit den Leitern der zuständigen zentralen Staatsorgane folgendes angeord-

#### § 1

Die Anlage 2 zum § 5 der Anordnung vom 30. Dezember 1974 über die Ausbildung der Meister des Handwerks (GBl. I 1975 Nr. 9 S. 173) - Regelung für die Bewertung der Leistungen der Teilnehmer in der Ausbildung von Meistern des Handwerks - erhält nachstehende Fassung (Anlage).

§ 2

Diese Anordnung tritt am 1. Januar 1988 in Kraft.

Berlin, den 29. September 1987

Der Minister für Bezirksgeleitete Industrie und Lebensmittelindustrie

Dr. Wange

1 Anordnung Nr. 2 vom 20. Juli 1979 (GBl. I Nr. 29 S. 273)

#### Anlage

zu vorstehender Anordnung Nr. 3

#### Regelung

für die Bewertung der Leistungen der Teilnehmer in der Ausbildung der Meister des Handwerks

Für die Bewertung der Leistungen der Teilnehmer in der Ausbildung zum "Meister des Handwerks" ist die Zweite Durchführungsbestimmung vom 5. März 1986 zur Verordnung

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> Z. Z. gilt die Verordnung vom 15. Dezember 1970 über die Besteuerung von Berufsgruppen freiberuflich Tätiger (GBl. II Nr. 97 S. 690).

<sup>6</sup> Vgl. Anlage 2 der Richtlinie für die Planung, Bilanzierung und Abrechnung von Software, Anlage zur Anordnung vom 13. Januar 1986 (GBl. I Nr. 4 S. 33).